

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 65 (1986)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Gemeinsame Vorstellungen von SPD und SED : ein Plan im Sinne Olof Palmes  
**Autor:** Bahr, Egon  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-340408>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Ein Plan im Sinne Olof Palmes

Von Egon Bahr

*Ein Mitteleuropa ohne Nuklearwaffen liegt nicht länger im Reich der Utopie. In Bonn erläutert SPD-Präsident Egon Bahr die Vorstellungen von SED und SPD zur Bildung eines atomwaffenfreien Korridors. Der «Vorwärts» veröffentlichte Bahrs Rede im Wortlaut.*

Gerade nach Reykjavik erhält die Vorlage der Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa besondere Bedeutung. Reykjavik hat die überragende Verantwortung der beiden Weltmächte für den Weltfrieden noch einmal deutlich gemacht, aber ebenso, dass auch kleine und mittlere Staaten in Europa ihre Verantwortung haben, die nicht delegierbar ist. Schon gar nicht, wenn sich in Reykjavik bestätigt hat, dass die beiden Weltmächte nicht über Atomwaffen verhandeln, die uns als erste treffen würden. Ich spreche von den sogenannten atomaren Gefechtsfeldwaffen und Kurzstreckenraketen. Diese bisherige Lücke wird durch unseren Vorschlag gefüllt. Unser Vorschlag stellt die notwendige Brücke zwischen den Mittelstreckenraketen und den konventionellen Waffen.

Ich denke, dass die direkt Betroffenen sowohl ein Recht wie die Pflicht haben, eigene Vorschläge zu entwickeln und nicht bloss auf Ergebnisse der Großen zu warten. Das gilt besonders für die Deutschen an der Nahtstelle zwischen Ost und West.

Wenn aus unseren Grundsätzen durch Verhandlungen der Regierungen Verträge würden, dann würde zum ersten Mal nach dem Ende des Zweiten

Weltkriegs in der Mitte Europas in einem begrenzten Gebiet ein Rückzug von Truppen und Waffen erfolgen. Nicht einseitig, sondern auf beiden Seiten. Das Ergebnis unseres Dialogs ist diese Bereitschaft der SED, die aufgrund ihrer führenden Rolle in der DDR noch wichtiger ist als der Standpunkt der oppositionellen SPD. Die Abzüge betreffen auch die sowjetischen Streitkräfte; denn man kann davon ausgehen, dass unsere Partner aus der DDR dies mit Moskau konsultiert haben. Mit diesen Grundsätzen verschwindet keiner der Unterschiede, die es zwischen SPD und SED über Gesellschaftssysteme und Wertvorstellungen gibt. Aber wir haben sie ebenso untergeordnet dem zentralen Interesse an der Erhaltung des Friedens, wie das auf ihrer Ebene Reagan und Gorbatschow in Reykjavik gemacht haben.

Es ist seit langem das Ziel westlicher Politik, die nukleare Gefahr zu verringern. Es ist seit geraumer Zeit Ziel der NATO, die nukleare Schwelle zu heben und die Abhängigkeit von nuklearen Waffen zu verringern. Auf diesem Hintergrund sind der frühere amerikanische und der frühere britische Außenminister, Cyrus Vance und David Owen, als Mitglieder der Palme-Kommission, zu dem Vorschlag gekommen, einen nuklearfreien Korridor in Europa zu schaffen. Die Palme-Kommission hat sich diesen Vorschlag zu eigen gemacht. Sein Ziel ist, alle Nuklearwaffen beiderseits der Grenze von NATO und Warschauer Vertrag aus einem 150 km breiten Streifen auf jeder Seite, also 300 km insgesamt, zurückzuziehen. Dies be-

trifft das Territorium der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakei. Damit wird die Gefahr beseitigt, dass im Falle eines Konflikts durch den Zwang zum frühen und schnellen Gebrauch weit vorne stationierter Waffen die nukleare Schwelle überschritten und damit das Ende unserer Existenz wahrscheinlich wird.

Auf ihrem Parteitag in München 1982 wurde der SPD der Auftrag erteilt, die Möglichkeiten für einen solchen atomwaffenfreien Korridor zu untersuchen, auf dem Parteitag in Essen 1984 gab es einen prinzipiell positiven Beschluss für die Schaffung eines solchen Korridors, der in Nürnberg im August dieses Jahres bestätigt wurde.

Die Arbeitsgruppe, die zur Erörterung dieses Themas von Willy Brandt und Erich Honecker vereinbart wurde, konnte an die Erfahrungen zum Thema einer chemiewaffenfreien Zone in Europa anknüpfen. Wir kamen schnell zu dem Ergebnis, dass, anders als bei der Chemie, wir kein Modell für einen Vertrag versuchen, sondern Grundsätze erarbeiten wollten, die für die notwendigen Regierungsverhandlungen eine Richtlinie sein sollen. Eine ganze Reihe von Fragen entziehen sich der Erörterung auf Parteiebene; denn anders als bei der Chemie handelt es sich bei taktischen Atomwaffen um solche, die auf beiden Seiten Teil strategischer Doktrinen und Einsatzplanungen sind. Ähnlich wie bei chemischen Waffen haben wir über Waffen gesprochen, über die keiner von uns

verfügt und die sich nicht in deutschem Besitz befinden.

Im Laufe unserer Arbeit stellte sich heraus, dass es nicht mehr Sicherheit bringen würde, wenn man nur die Sprengköpfe entfernt. Sie könnten im Ernstfall durch Helikopter schnell und fast unbemerkt zurückgebracht werden. Das bedeutete: Man muss auch die Trägersysteme entfernen. Dies führte zu weitreichenden Folgerungen für die gesamte Rohr-Artillerie, deren Kaliber auf beiden Seiten sowohl atomare wie konventionelle Munition verschiessen kann. Das schliesst also auch solche Rohr-Artillerie ein, die zwar nicht für den nuklearen Einsatz vorgesehen ist, aber von ihrem Kaliber her dazu fähig ist. Insofern führt die Technik selbst, die atomare wie konventionelle Geschosse gleichen Kalibers zur Kampfführung entwickelt hat, zu dem Zwang, aus dem Korridor auch solche rein konventionell bestimmte Rohr-Artillerie zu entfernen, die keine nuklearen Aufgaben hat, aber ein entsprechendes Kaliber.

Wir sind uns bewusst, dass damit ein erster Schritt auch auf konventionellem Gebiet gegangen wird, der bedeutende Folgen für die Struktur der Streitkräfte auf beiden Seiten hat. Es bedeutet besondere Genugtuung, dass damit auch die Kurzstreckenraketen weggeschafft werden, mit denen zuletzt die Bundesregierung die Verhandlungen in Reykjavik nicht zusätzlich belasten wollte.

Die genannte Rohr-Artillerie spielt in den heutigen Planungen beider Seiten eine bedeutende Rolle. Das gilt sowohl für die Verteidigung wie für den Angriff. Da wir davon ausgehen, dass die NATO keinen Angriff plant, bedeutet das praktisch, dass ein Stück weniger Angriffsfähigkeit des Warschauer Paktes erreicht wird. Der Abbau von Angriffsfähig-

keit würde auch zum Abbau der von der Bundesregierung befürchteten Offensiv-Strategie des Warschauer Paktes führen. Jedenfalls wird für beide Seiten mehr Sicherheit geschaffen. Etwas zu den Grössenordnungen: In der Bundesrepublik gibt es rund 1700 Rohre mit diesen doppelverwendbaren Kalibern, in der DDR und der CSSR rund 2750.

Wir sind davon überzeugt, dass wir mit diesen Grundsätzen für einen Korridor die Möglichkeiten deutlich gemacht haben, wie mehr konventionelle Stabilität in Europa auch erreicht werden kann. Dies wird das grosse Thema der nächsten Jahre werden, bei dem die Europäer besondere Interessen und besondere Verantwortungen haben. Neben dem allgemeinen Gleichgewicht vom Atlantik bis zum Ural auf möglichst niedriger Ebene müssen gerade auch im Zentrum Europas, wo sich also die grössten Anhäufungen von Waffen befinden, auch die stärksten Reduktionen stattfinden. Gebiete verdünnter militärischer Präsenz, insbesondere von angriffsfähigem Grossgerät, können dafür ein interessanter Beitrag sein.

Fest steht, dass sich die bedeutenden Erfolge von Stockholm mit ihren in die Tiefe gehenden Kontrollmöglichkeiten im Sinne der Stabilität mit unseren Vorschlägen eines Korridors wirksam ergänzen. Ausserdem bringen die Beschlüsse von Stockholm dem Korridor nach dem Abzug der vorgesehenen Verbände ein Element zusätzlicher Sicherheit von aussen.

Alle Kontrollmechanismen, die international bisher vorgesehen sind, sind auch für unseren Korridor vorgesehen, darüber hinaus der Austausch von Listen über abziehende Waffen, permanente Kontrollpunkte und die Möglichkeit von Stichprobenkontrollen; Stichprobenkontrollen sind erstma-

lig in einer formulierten Ost-West-Initiative niedergelegt worden, ähnlich wie das für internationale Verdachtskontrollen an Ort und Stelle bei unserem Modell für eine chemiewaffenfreie Zone erstmalig der Fall war. Wir sind der internationalen Diskussion wieder ein Stück voraus.

Überragend bleibt: mit diesen Grundsätzen wird die Chance eröffnet, Waffen zu entfernen, die ihren Abschreckungswert verloren haben, weil sie im Falle ihrer Benutzung zerstören würden, was verteidigt werden soll.

Zudem darf niemand im Westen übersehen, dass diese Waffen, eingeführt, um konventionelle Überlegenheiten des Warschauer Vertrages auszugleichen, als dieser solche Waffen noch nicht hatte, heute nur noch gefährlich sind, nachdem eben auch die andere Seite über ähnliche Nuklearsysteme in vielleicht sogar noch grösserer Zahl verfügt. Dieser Beschluss von Montebello sieht einseitige Reduktionen vor; der NATO-Oberbefehlshaber Rogers will die in der Bundesrepublik verbleibenden um 50 Prozent einseitig reduzieren. Das Ziel ist immer, Atomwaffen den Zweck von Kampfführung zu nehmen und sie auf den politischen Abschreckungs-Charakter zu reduzieren. Der Korridor ist die konsequente Antwort, und zwar nicht einseitig, sondern für beide Seiten, denn wir werden nur gemeinsam mehr Sicherheit erreichen.

Ich füge hinzu: Gerade nach Reykjavik zeigen unsere Vorschläge, zum Vorteil unserer europäischen Nachbarn, einen Weg, der auch den beiden Weltmächten ihre Verantwortung erleichtert.

Unsere Grundsätze sind ein Stück praktischer Verantwortungsgemeinschaft.